

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Umstrittenes Homeschooling, umstrittene Privatschule – fehlen dem Bildungsrat gesetzliche Grundlagen?»**

Der Bildungsrat ist zuständig für die Erteilung von Bewilligungen für privaten Einzelunterricht und Privatschulen. In beiden Zusammenhängen ist er jüngst in Kritik geraten.

Einerseits gab es im Zusammenhang mit einer erteilten Bewilligung einer Privatschule in Uznach (‹Lernraum zum Eintauchen›) mediale Kritik. Diese Privatschule beziehe sich explizit auf die Musterschule der Anastasia-Bewegung im russischen Tekos – die sogenannte Schetininschule, so die ‹Wochenzeitung›.

Andererseits verlor der Bildungsrat eine Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht bezogen auf das Homeschooling. Wie in anderen Kantonen auch haben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die Gesuche für privaten Einzelunterricht (Homeschooling) zugenommen. Doch allein in diesem Jahr seien bereits 20 Gesuche durch den Bildungsrat abgelehnt worden, liess sich die Präsidentin des Vereins Homeschooling St.Gallen in der Linthzeitung zitieren. Drei Familien wehrten sich vor St.Galler Verwaltungsgericht und bekamen Recht. Am 22. August 2022 publizierte das Gericht das Urteil, wonach der Bildungsrat Homeschooling nicht generell verbieten dürfe.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierung bekannt, ob der Bildungsrat tatsächlich Homeschooling generell verbieten möchte?
2. Hätte der Bildungsrat die Erteilung einer Bewilligung für die oben erwähnte Privatschule dank vertiefterer Prüfung verweigern können?
3. Reichen die gesetzlichen Grundlagen aus, um eine differenzierte Beurteilung vornehmen zu können, so dass Privatschulen und auch Homeschooling-Ansätze mit ideologischen Motiven keine Bewilligungen erhalten können?
4. Inwiefern bedürften die gesetzlichen Rahmenbedingungen bezogen auf Homeschooling und Privatschulen aus Sicht der Regierung Anpassungen?»

19. September 2022

Die Mitte-EVP-Fraktion